

**Beiträge ÖkoLinX-ARL**

**Wortprotokoll**

**über die**

**17. Plenarsitzung**

**der Stadtverordnetenversammlung**

**am Donnerstag, dem 13. Dezember 2012**

**(16.04 Uhr bis 01.13 Uhr)**

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 681	Stadtv. Dr. Andrea Lehr	. 21
Stadtverordnete Dr. Andrea Lehr, GRÜNE:	GRÜNE	. 21
Bürgermeister Olaf Cunitz:		. 21
Stadtverordnete Elke Tafel-Stein, FDP:		. 24
Stadtverordneter Sieghard Pawlik, SPD:	Durch die Föderalismusreform im	. 25
Stadtrat Peter Mensinger:	Jahr 2006 liegt die Zuständigkeit	. 26
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.:	für das Wohnungswesen	. 28
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	inzwischen weitgehend bei den	. 28
Stadtverordnete Sylvia Weber, SPD:	Ländern. Die Hessische	. 29
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.:	Landesregierung hat nun den	. 30
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	Entwurf eines hessischen	. 31
Stadtverordneter Sieghard Pawlik, SPD:	Wohnraumförderungsgesetzes zur	. 31
Stadtverordneter Patrick Schenk, FREIE WÄHLER:	Verabschiedung vorgelegt. In dem	. 32
Oberbürgermeister Peter Feldmann:	Entwurf ist die Verkürzung der	. 33
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 683	Nachwirkungsfrist der	. 35
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	Mietpreisbindung bei vorzeitiger	. 35
Stadtverordneter Dr. Peter Gärtner, LINKE.:	vollständiger Rückzahlung der	. 36
Stadtverordneter Martin Kliehm, Piraten:	öffentlichen Mittel vorgesehen. Die	. 37
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	Neuregelung sieht vor, die Frist	. 38
Stadtverordneter Bernhard Maier, GRÜNE:	von derzeit zehn auf künftig fünf	. 38
Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU:	Jahre zu verkürzen.	. 40
4. Verabschiedung der Tagesordnung II	Vor diesem Hintergrund frage ich	. 40
	den Magistrat:	
5. Beschlussfassung in geheimer Abstimmung gemäß Hessischen Gemeindeordnung über die Vornahme d Mitglied des Magistrats, Frau Prof. Dr. Daniela Birke (Antrag NR 434 CDU/GRÜNE)	Welche Auswirkungen wird die	
	bevorstehende Änderung seiner	
	Einschätzung nach auf den	
	Frankfurter Wohnungsmarkt	
	haben?	
(Ende der Amtszeit: 04.06.2013)		. 41
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:		. 41
6. Wiederwahl von Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld als hauptamtliches Mitglied des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main		. 42
Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 31.10.2012, NR 434		
Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld:		. 43
7. Aushändigung der Ernennungsurkunde gemäß § 46 der Hessischen Gemeindeordnung an Frau Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld		. 43
Oberbürgermeister Peter Feldmann:		. 43
8. Einbringung des Etats 2013 durch Herrn Stadtkämmerer Uwe Becker		. 44
Stadtkämmerer Uwe Becker:		. 44

nehmen kann, dann finde ich das in Ordnung, wenn er dann die Stellvertretung hat. Ich bin somit bereit, diese Position abzugeben. Das habe ich dann getan. Herr Feldmann wurde dann am 12. November 2012 zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt. Am 17. November 2012, fünf Tage später, berichten alle vier Frankfurter Zeitungen unisono von einem Pressegespräch, das der Oberbürgermeister mit dem Geschäftsführer der Nassauischen Heimstätte, Herrn Professor Dilger, mit dem Tenor geführt hat, dass er auf die Dinge, die jetzt im Laufen sind und ins Laufen kommen, Einfluss genommen habe. Das ist ein völliger Unfug und vom zeitlichen Ablauf her überhaupt nicht möglich. Dass er seine Freude zum Ausdruck bringt, dass das gemacht wird, finde ich gut, das ist in Ordnung, dagegen habe ich nichts. Es geht auch nicht um das Aufsichtsratsmitglied Mensinger.

(Zurufe)

Aber es geht darum, dass die Mitglieder in diesem Aufsichtsrat, die Kollegin Pfreundschuh und der Stadtverordnete Baier, in den letzten Jahren mit hoher Intensität in der Nassauischen Heimstätte dafür gearbeitet haben, dass hier der soziale Gedanke ganz im Vordergrund steht. Wir haben das geleistet. Davon hört man vom Oberbürgermeister nicht ein einziges Wort, keinen Satz.

(Beifall)

Wenn Sie noch behaupten, dass diese Verhaltensweise eine Art und Weise ist, wie sie in einem Kollegialorgan richtig ist, müssten Sie mir das einmal erklären. Das soll nachvollziehen, wer es nachvollziehen will.

(Beifall, Zurufe)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Zur Geschäftsordnung hatte sich Herr Reininger gemeldet. Bitte schön, Herr Reininger!

**Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.:**

Ich habe den Antrag zur Geschäftsordnung, dass das Sitzungspräsidium noch einmal dem Stadtparlament erklärt, wie jetzt die kol-

legiale Verfassung des Magistrats durch den Beitrag von Herrn Mensinger ist und auf welcher Rechtsgrundlage das hier funktioniert hat. Ich habe es bisher noch nicht erlebt, wenn der Oberbürgermeister nicht anwesend ist, dass ehrenamtliche Stadträte Erklärungen für den Magistrat in derartig polarisierender Form hier abgegeben haben, wie wir das gerade eben erlebt haben. Das ist ein unwürdiger Zustand, auch wenn ich nicht in der SPD bin und mich nicht so angepisst fühlen muss. Aber das, was hier abgegangen ist, ist unwürdig. Das gehört sich nicht. Ich frage, auf welcher Rechtsgrundlage das passiert ist?

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Herr Reininger, es ist formal so, dass der Oberbürgermeister sagt, wer für den Magistrat an bestimmten Punkten redet. An anderen Punkten, ich erkläre es noch einmal, wenn sich ehrenamtliche Magistratsmitglieder zu Wort melden möchten und der Oberbürgermeister nicht anwesend ist, erklärt der Bürgermeister, wer zusätzlich reden darf. Der Bürgermeister hat das Wort erteilt.

(Zurufe)

Immer mit der Ruhe. Eins nach dem anderen.

(Zurufe)

Ich darf um Ruhe bitten! Nein, ich nehme auch keine Anträge zur Geschäftsordnung an, solange eine solche Unruhe im Haus herrscht, dann versteht man die Geschäftsordnungsanträge nicht.

Frau Ditfurth hatte sich als Nächste zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte schön, Frau Ditfurth!

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Ich hätte auch eine Frage zur Klärung. Ist es also so, dass, was wir noch nie erlebt haben, ehrenamtliche Magistratsmitglieder hier reden? Ich kann mich an keinen Fall erinnern. Muss ich das jetzt so verstehen, dass, wenn

Herr Oberbürgermeister Feldmann terminliche Verpflichtungen hat und durch den grünen Bürgermeister Herr Cunitz vertreten wird, er einem ehrenamtlichen Magistratsmitglied der CDU erlauben kann, ihn zu beschimpfen? Ist das jetzt hier die Spielregel?

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Der Antrag zur Geschäftsordnung, bitte. Wenn der Oberbürgermeister nicht da ist, vertritt ihn der Bürgermeister.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-  
ARL:**  
(fortfahrend)

Also, müssen wir uns jetzt in Zukunft auf so etwas vorbereiten, und ausgewählt wird dann vom jeweiligen Vertreter?

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Was war jetzt der Geschäftsordnungsantrag?

(Zurufe)

Immer mit der Ruhe. Ich weiß gar nicht, warum heute Abend - es ist bald Weihnachten - alle so aufgeregert sind. Das war kein Geschäftsordnungsantrag.

(Zurufe)

Ich kann nicht vorher wissen, ob die Meldung zur Geschäftsordnung wirklich ein Geschäftsordnungsantrag wird. Es gibt einen weiteren Antrag zur Geschäftsordnung von Frau Weber. Bitte schön, Frau Weber, den Geschäftsordnungsantrag.

**Stadtverordnete Sylvia Weber, SPD:**

Es geht hier darum, dass es formale Fragen gibt, die nicht geklärt sind. Es gibt jede Menge Ungereimtheiten.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Bitte den Antrag zur Geschäftsordnung.

**Stadtverordnete Sylvia Weber, SPD:**  
(fortfahrend)

Ich bitte darum, die Sitzung zu unterbrechen und den Ältestenausschuss einzuberufen.

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Dann rufe ich hiermit den Ältestenausschuss ein und unterbreche die Sitzung.

**(Unterbrechung der Beratungen von  
17.52 Uhr bis 18.36 Uhr)**

(Glocke)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen, damit wir mit der Sitzung fortfahren können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, doch Platz zu nehmen und die Gespräche einzustellen. Wir möchten mit der Sitzung fortfahren. Ich teile dem Haus noch einmal mit, vor allem auch unseren Besucherinnen und Besuchern, es tut uns leid, dass wir so lange außerhalb getagt haben. Der Ältestenausschuss ist einberufen worden, das haben Sie mitbekommen, und er hat festgestellt, dass der formale Ablauf der Sitzung völlig korrekt gewesen ist. Deshalb fahren wir jetzt fort. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Reininger von der LINKE.-Fraktion. Bitte schön!

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 681 .....	21
Stadtverordnete Dr. Andrea Lehr, GRÜNE: .....	21
Bürgermeister Olaf Cunitz: .....	21
Stadtverordnete Elke Tafel-Stein, FDP: .....	24
Stadtverordneter Sieghard Pawlik, SPD: .....	25
Stadtrat Peter Mensinger: .....	26
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.: .....	28
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....	28
Stadtverordnete Sylvia Weber, SPD: .....	29
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.: .....	30
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE: .....	31
Stadtverordneter Sieghard Pawlik, SPD: .....	31
Stadtverordneter Patrick Schenk, FREIE WÄHLER: .....	32
Oberbürgermeister Peter Feldmann: .....	33
<b>Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 683</b> .....	<b>35</b>
<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>35</b>
Stadtverordneter Dr. Peter Gärtner, LINKE.: .....	36
Stadtverordneter Martin Kliehm, Piraten: .....	37
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP: .....	38
Stadtverordneter Bernhard Maier, GRÜNE: .....	38
Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU: .....	40
4. Verabschiedung der Tagesordnung II .....	40
5. Beschlussfassung in geheimer Abstimmung gemäß Hessischen Gemeindeordnung über die Vornahme Mitglied des Magistrats, Frau Prof. Dr. Daniela Birk (Antrag NR 434 CDU/GRÜNE) (Ende der Amtszeit: 04.06.2013) .....	41
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU: .....	41
6. Wiederwahl von Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld Mitglied des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main .....	42
Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN v. Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld: .....	43
7. Aushändigung der Ernennungsurkunde gemäß § 46 der Hessischen Gemeindeordnung an Frau Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld .....	43
Oberbürgermeister Peter Feldmann: .....	43
8. Einbringung des Etats 2013 durch Herrn Stadtkämmerer Uwe Becker .....	44
Stadtkämmerer Uwe Becker: .....	44

Stadtv. Dr. Peter Gärtner  
LINKE

Immer mehr Bürger, in der Regel Anwohner, unterschreiben einen Protest gegen die Errichtung einer Quartiersgarage unter der Glauburgschule. Seitens der Anwohner wird dieses Projekt massiv infrage gestellt. In Anbetracht der nicht unerheblichen Kosten, in der Presse werden kalkulierte Baukosten von 3,8 Millionen Euro genannt, sollte die Durchführung der geplanten Baumaßnahme, die von vielen Bürgern nicht gewollt wird, noch einmal überdacht werden.

Ich frage den Magistrat: Ist der Magistrat bereit, einen erneuten Beschluss herbeizuführen, um aus diesem umstrittenen Bauvorhaben auszusteigen?

dann von Feldmann, Cunitz, Becker oder sonst irgendwelche Millionen sind. Hauptsache die Millionen sind da und es geht endlich los mit diesem Bau in der Stadt.

(Beifall)

Deshalb meine Bitte und auch Aufforderung, lassen Sie uns in dieser Frage - wir können uns über alles andere streiten -, lassen Sie uns bitte in dieser Frage weiter zusammenarbeiten. Nur gemeinsam sind wir in dieser Frage stark.

(Beifall)

Das, meine Damen und Herren, gilt dann für alle. Ich bitte auch Sie, ganz persönlich, Herr Mensinger, sich in diesen Prozess einzugliedern, dass wir gemeinsam in unserer Verantwortung im Aufsichtsrat bei der Nassauischen Heimstätte vorgehen. Die Menschen brauchen Sie und mich, sie brauchen die Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, der CDU und der vielen anderen Fraktionen hier im Haus, der SPD, der Piraten, neulich haben wir auch etwas mit den FREIEN WÄHLERN zusammen gemacht in dieser Frage, Türken, ...

(Zurufe)

... es gibt so viele Möglichkeiten, wo wir Dinge zusammen machen können. Lassen Sie uns aufhören, diese Angst voreinander zu haben, und zumindest bei diesem Punkt - ja, da stehen Sie auch drauf, Herr Stock -, lassen Sie uns zumindest bei diesem Thema Wohnungspolitik, bei dem wir alle gemeinsam in der Pflicht sind, bei dem wir gemeinsam diesen Erfolg wollen, bei dem wir gemeinsam nach vorne kommen wollen, ...

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Darf ich um etwas Ruhe bitten.

**Oberbürgermeister Peter Feldmann:**  
(fortfahrend)

... wo wir mehr Wohnungen brauchen und ein gemeinsames Ziel haben, dies auch so hart formulieren, gemeinsam darum kämpfen und arbeiten und die Energie nicht in den

Reibereien und diesem Klein-Klein untereinander verschwenden. Das wird uns niemand verzeihen. Wir brauchen einander und wir brauchen den gemeinsamen Erfolg für die Menschen in dieser Stadt. Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister! Weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt liegen nicht vor, deshalb schließe ich diese aktuelle Stunde und rufe die nächste aktuelle Stunde zur Frage Nr. 683 auf. Die aktuelle Stunde wurde beantragt von ÖkoLinX, Frau Ditfurth, und von den LINKEN. Die erste Wortmeldung kommt von Frau Ditfurth. Bitte schön!

**Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 683**

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Schönen guten Abend, besonders auch den Leuten von der BI und den Stadtverordneten. Ein kleiner Hinweis für den grünen Bürgermeister Cunitz am Anfang: Meinungsstreit gefährdet die Demokratie nicht - Sie haben am Anfang 16 Bäume gegen die parlamentarische Demokratie gestellt -, sondern Meinungsstreit lässt die Demokratie leben. Sonst hätten die GRÜNEN nämlich selbst ein Problem, weil es ja im Ortsbeirat eine Entscheidung gegeben hat, mit den Stimmen von ÖkoLinX, LINKE. und GRÜNE für ein dreimonatiges Moratorium zugunsten der Bäume, die dann nicht gefällt würden und der Möglichkeit, noch einmal intelligenter und sachlicher zu überlegen, was man mit dem Projekt Quartiersgarage macht. Das ist eine Differenz, die man doch zur Kenntnis nehmen muss. Also die GRÜNEN vor Ort scheinen es besser zu wissen als der Bürgermeister und Dezernent.

Die Stadtverordnetenversammlung wird sich außerdem im Januar aufgrund eines vorliegenden Antrages der LINKE. noch einmal mit dem Thema befassen. Wenn es also Zeit für

Beratungen geben soll, dann dürfen die Bäume auch nicht Anfang Januar, wie jetzt geplant, gefällt werden. Tatsache ist, dass es in all den vier Jahren nie eine direkte Information der Anwohner gegeben hat und man von hart arbeitenden Menschen mit Kindern nicht verlangen kann, sich mit allen internen Verwaltungsabläufen auszukennen. Das ist eine Unverschämtheit und eine ähnliche Argumentation, wie von den Befürwortern von S21 in Stuttgart.

Wenn man wie ich im Nordend lebt, und ich lebe in der gleichen Adresse seit Ende 1977, also seit rund 35 Jahren, wenn man da wohnt, aber eben nicht am Holzhauspark und auch nicht am Günthersburgpark, dann ist der begrünte kleine Glauburgpark, also auch die alten riesigen Bäume um die Glauburgschule in den Nachbarstraßen, unsere kleine Lunge, die Luftgifte aller Art, auch den immensen krebserregenden Feinstaub von der Friedberger Landstraße, wegfiltert beziehungsweise mildert. Das betrifft insbesondere Babys und kleine Kinder. Die Quartiersgarage wird diese kleine Lunge zerstören.

„Ersatzpflanzung“ ist immer ein dämliches Argument von Technokraten, weil unsere Lungen sich leider nicht verpflanzen lassen, sondern sie sind da, wo wir als Menschen mit ihnen leben.

„Parkplätze“ sollen der schwache Sinn der Sache sein. Aber es ist eher ein Baustein, wenn man durchzählt, für eine weitere Gentrifizierung, weil dort zu bezahlende Parkplätze entstehen für wenige, die es sich leisten können, und vernichtet wird, was an kostenlosen öffentlichen Parkplätzen vorhanden ist. Wir machen jetzt als Anwohner im Nordend, die diese Quartiersgarage nicht wollen, wie über tausend Menschen, die inzwischen unterschrieben haben, zeigen, ein Geschenk: Der Kämmerer sagte, es sei kein Geld für eine Quartiersgarage in Bergen-Enkheim da. Wir im Nordend wollen die Quartiersgarage nicht an der Glauburgschule. Wir schenken sie den Bergen-Enkheimern, weil man Quartiersgaragen nur für die Leute bauen sollte, die sie haben wollen, und nicht für solche, die sie ablehnen. Das ist eine ganz einfache Lösung.

### **Stellvertretende**

#### **Stadtverordnetenvorsteherin**

**Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Vielen Dank, Frau Stadtverordnete Ditfurth, Ihre Redezeit ist zu Ende! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Dr. Gärtner, LINKE. Bitte schön!

Unterlassen Sie bitte das Herunterwerfen von Flugblättern von der Tribüne.

#### **Stadtverordneter Dr. Peter Gärtner, LINKE.:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordnete, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Bürgerinitiative auf der Tribüne!

Die Anwohner laufen Sturm, weil die schwarz-grüne Koalition unter dem Schulhof der Glauburgschule eine Quartiersgarage bauen will. Sie haben viele gute Gründe dagegen zu sein. Es müssen 16 Bäume gefällt werden, davon sechs in den angrenzenden Straßen. Es ist auch kein Argument, dass neue Bäume gepflanzt werden sollen. Bis diese die Größe der alten Bäume erreicht haben, dauert es Jahrzehnte. Die Wohnqualität wird sinken und das Klima wird sich verschlechtern. Eine Kindertagesstätte auf dem Deckel einer Tiefgarage wird durch Autoabgase belastigt. Die knappe Fläche wird durch die Einfahrt verringert. Es gibt nur circa 50 zusätzliche Parkplätze für 4.000 Einwohner. Der Nutzen wiegt nicht die Nachteile auf.

(Beifall)

Herr Bürgermeister Cunitz hat die Historie dargestellt. Es ist richtig, dass 2008 eine große Mehrheit diese Quartiersgarage beschlossen hat, dass aber Bäume in der Lortzing- und der Lenastraße dafür fallen müssen, das war damals nicht klar. Was vor fünf Jahren richtig gewesen sein kann, kann jetzt falsch sein. Die Politik hat sich entwickelt. Die Maschinerie der Planung lief im Verborgenen weiter. Es hat zwar Vorstellungen im Ortsbeirat gegeben, aber es gibt keine schriftlichen Unterlagen darüber. Nur diejenigen, die zufälligerweise in diesen Sitzungen waren, haben etwas mitbekommen. Alle anderen nicht. Es gab zwei Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 10.12.2009 und vom

9.	Erste Stellungnahmen der Fraktionen und fraktionlosen Stadtverordneten	55
	Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:	55
	Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	64
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	71
	Stadtverordnete Dominique Pauli, LINKE.:	83
	Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	87
	Stadtverordneter Patrick Schenk, FREIE WÄHLER:	91
	Stadtverordneter Martin Kliehm, Piraten:	93
	Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, RÖMER:	97
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	100
10.1	Entwurf Haushalt 2013 mit Finanzplanung und eingearbeitetem Investitionsprogramm 2013 - 2016 hier: Überweisung an die Ausschüsse	103
	Vortrag des Magistrats vom 07.12.2012, M 274	
10.2	Frankfurter Bürgerhaushalt hier: Überweisung an die Ausschüsse	103
	Vortrag des Magistrats vom 23.11.2012, M 262	
11.1	Für eine bessere Wohnungspolitik 1: Quote für sozialen Wohnungsbau einführen!	103
	Antrag der LINKE. vom 16.10.2012, NR 407	
11.2	Für eine bessere Wohnungspolitik 2: Vorhandenes Potenzial für Wohnungsbau schneller nutzen!	103
	Antrag der LINKE. vom 16.10.2012, NR 408	
11.3	Für eine bessere Wohnungspolitik 3: Gewinn der ABG Holding für die Frankfurter Bevölkerung nutzen!	103
	Antrag der LINKE. vom 16.10.2012, NR 409	
11.4	Für eine bessere Wohnungspolitik 4: Sozialbindung verlängern!	103
	Antrag der LINKE. vom 16.10.2012, NR 410	
11.5	Für eine bessere Wohnungspolitik 5: Kappungsgrenze an die Einkommensentwicklung koppeln!	103
	Antrag der LINKE. vom 16.10.2012, NR 411	



Kindern keinen Schuldenberg hinterlassen.“ Sie haben völlig recht. Was Sie nicht erwähnt haben: Wem wollen Sie den Schuldenberg dann hinterlassen?

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher  
Gert Trinklein:**

Danke schön, Herr Dr. Rahn! Der nächste Redebeitrag kommt von Frau Ditfurth, ÖkoLinX-ARL. Ich teile dem Plenum mit, dass die verbliebene Redezeit der Piraten von fünf Minuten an Frau Ditfurth übergeben wurde.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Schönen guten Morgen!

Ich bin seit 18 Stunden auf den Beinen. Die CDU musste heute ohne Not eine Sozialdezernentin wiederwählen, vielleicht hätte es im nächsten Jahr Probleme gegeben. Dazu die Einbringung des Haushaltes, endlose Reden, aber kein früherer Start dieser Sitzung. Eine extrem rigide und undemokratische Tour, diese Sitzung und die Hierarchie der Reihenfolge. Eine Debatte wollen Sie auf jeden Fall meiden. Ich habe mich vorhin ein paar Mal daran erinnert, dass es früher tatsächlich Diskussionen über Haushaltsreden gab, also Reaktionen auf die Reden, die am Anfang gehalten wurden. Ich habe manchmal den Verdacht, um es direkt zu sagen, dass in manchen Fraktionen der Nachwuchs so stromlinienförmig ist, dass er zu einer freien Debatte, ohne vorbereitete Rede von wem auch immer, nicht mehr fähig ist, dass man das vermeiden muss und deswegen eine solche Struktur braucht. Dass ich als Vertreterin einer linken Minderheit nachts um Viertel vor eins zum ersten Mal zum Thema Haushalt zu Wort komme, ist eine undemokratische Unverschämtheit. Ich würde gerne noch zu Protokoll geben, dass auf der Tribüne nur noch fünf Personen sitzen, davon drei Beschäftigte. Ich wünsche Ihnen eine gute Nachtzulage! Ich hoffe, Sie haben anständige Arbeitsbedingungen.

(Beifall, Heiterkeit)

Auf den Magistratsbänken befinden sich gerade noch drei Dezernenten, es kommt eine vierte Dezernentin, der Rest ist weg. Die Pressebank hat auch Feierabend.

(Zurufe)

Nein, also fast Feierabend, zumindest ist die Pressebank doch sehr leer. Die Stadtverordneten sind im Großen und Ganzen müde, rotäugig, lesen die Zeitung und plappern. Die Cafeteria ist voll und, ich nehme an, der Alkohol fließt. Das zur Zustandsbeschreibung für das Wortprotokoll.

Ich mache jetzt aufgrund meiner doch sehr begrenzten Redezeit nur ein paar Anmerkungen. Ein Satz ist mir über all das Gequassel der letzten Stunden nicht aus dem Kopf gegangen. Herr zu Löwenstein hat in seiner Rede gesagt: „Menschen aus“ - ich hoffe, ich zitiere richtig, das war alles mündlich, ich kannte das nicht -, „170 Nationen, die niemand gezwungen habe, hierherzukommen.“ Warum sagt man einen solchen Satz? Der hat einen so ekelhaft rassistischen Unterton.

(Zurufe)

Ich weiß nicht, ob das niemandem aufgefallen ist, aber er sagte sinngemäß, wenn sie kommen - das war eine Nebenbemerkung von ihm, die sollte so untergejubelt werden -, müssen sie „unsere Werte“ teilen. Also die Werte der CDU. Sie haben offensichtlich nicht einmal die klitzekleine Freiheit, die bravbiere bürgerliche Freiheit, weil sie offenbar nach der neuen Definition der Einbürgerungsgrundlage „patriotisch“ sein müssen, Frankfurt, die CDU, die EZB und vielleicht auch die gefakte Altstadt einfach nur doof zu finden.

Die Haushaltsrede des Kämmerers war das Gebet eines Kapitalgläubigen. „Die Krise endgültig überwinden“, als ob das von Frankfurt aus gehen könnte. Ich lache mich tot. Es handelt sich um eine Weltwirtschaftskrise mit ihren Folgen, die auf die Kommunen überschwappt. Wie soll das also gehen? In unserer Stadt haben Konzerne und Banken ihre Heimatadressen, die für die Verursachung und für den Verlauf der Weltwirtschaftskrise

mit verantwortlich sind. Aber die viel gerühmte Verantwortung in diesem Haus geht nie so weit, dass man diese Namen nennt und ihnen sagt, ihr wohnt hier, ihr habt euch in irgendeiner Form der sozialen Verantwortung zu stellen. Das wäre ein sehr braver Ansatz, aber es wäre einer.

Die Deutsche Bank etwa ist in den USA für eine Million Immobilien und für Hunderttausende von zum Teil gewaltsamen Zwangsräumungen verantwortlich. Die Deutsche Bank, die ihre Heimatadresse in dieser Stadt hat und sich immer prächtig darstellen kann, wenn sie irgendetwas sponsert, würde hier solche Schweinereien nicht begehen, aber in Cleveland hat sie 7.000 Zwangsräumungen in der Innenstadt, hauptsächlich bei afroamerikanischen Menschen, veranlasst. Natürlich spekulativ hoch interessant. Die Stadt Los Angeles nennt die Deutsche Bank den „Slumlord“, also den Herrscher der Gettos, und sagt, die Deutsche Bank sei dort für mindestens 10.000 verwahrloste Häuser verantwortlich, bei denen Decken einstürzen und Fenster durchbrechen, in denen zum Teil Menschen leben müssen, weil sie nicht genug Geld haben. Die Adresse dieser Bank ist in unserer Stadt. Aber ich denke, beim feinen Abendessen miteinander, ob im Palmengarten oder anderswo, wird über so etwas nicht geredet.

Nachhaltigkeit definiert der Kämmerer als „Wettbewerbsfähigkeit“, das ist eine perverse Definition, darüber müssen wir aber ein anderes Mal reden. Vielleicht gibt es irgendwann einmal Zeit für eine Diskussion. Die Konkurrenzfähigkeit des Kapitals ist wichtiger als die soziale Gleichheit in dieser Stadt. Alles wird teurer, vor allem für die, die arm sind, aber alle Vergünstigungen für die Kapitaleseite, etwa die viel zu niedrige Gewerbesteuer, bleiben natürlich erhalten. Die Kultur ist in dieser Stadt nicht frei, sondern eine Standorteigenschaft und dient oder unterwirft sich sehr weitgehend der Investorenästhetik in Gebäuden und im Inhalt mancher dieser Gebäude. Die Infrastruktur der Stadt ist im Großen und Ganzen kapitalgefällig. Wenn es um den ÖPNV geht, geht es doch auch immer darum, Massen von Menschen zu ihren Arbeitsplätzen zu transportieren und nicht um Glück, Freiheit oder Freizeit. Wenn es um solche Bedürfnisse geht, wird da schon ausgedünnt.

(Zurufe)

Eine gefälschte Altstadt soll Heimatgefühl vortäuschen, vielleicht muss da die Kleinbürgerfraktion der CDU befriedigt werden, die nicht immer glücklich ist über all die Hochhäuser in dieser Stadt. Ansonsten das Übliche. Liest man die Rede des Kämmerers durch - Sie könnten ruhig zuhören, oder auch nicht, egal -, liest man von Personaleinsparungen. Nicht einmal die berechtigten Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst sind durch den Zuschlag abgedeckt, den er da zugestehen will. Natürlich hören wir die blöden alten Sprüche vom Gürtel enger schnallen, von Leuten, die ihn sehr weit halten können, so wie sie leben.

(Heiterkeit)

Das heißt Streichungen des Jugendtreffs Bockenheim, Erhöhung der Kitagebühren, Erhöhung der Eintrittspreise in Bäder und Museen und „Open Books“ einschränken. Gerade hat man gedacht, die Stadt der Buchmesse ist auch eine Stadt der Lesungen, denkste.

Klaus Oesterling, es ist entzückend, Deinen Rücken zu sehen, aber höflich ist es nicht. Hey Sozialdemokrat!

(Zurufe)

Du wärst doch wenigstens noch einer, der die Debatte führen könnte, also Sorge doch einmal mit dafür, dass hier Strukturen entstehen, damit sie geführt werden können!

Der Palmengarten, also dieses neue tolle Haus dort, ist für mich symbolisch für die Art, wie hier Haushaltspolitik betrieben wird, ist Metapher und Illustration für diesen schwarz-grünen Haushalt. Eine Ausschreibung fand nicht statt. Ein luxuriöses Haus, für das 40 Millionen Euro Steuergelder verbraten wurden, wird politischen Freunden zugeschoben. Wer da wen zuerst angesprochen hat, ist mir ehrlich gesagt scheißegal, man kennt sich aus dem Tigerpalast und von vielen Feten. Mieten, Restaurantpreise und so weiter ist etwas für Banken, Autokonzerne und die Oberschicht der Stadt. Jetzt gibt es ein bisschen Kritik, weil die Sardine mit 32 Euro für eine Vorspeise zu teuer ist. Jetzt

sagen die Betreiber, das Konzept war bekannt und auch der grüne Dezernent habe das Konzept befürwortet. - Hören Sie mit Sabbeln auf, gehen Sie doch raus in die Cafeteria, das ist schrecklich hier. Ich gebe zu Protokoll: Das ist ein Saftladen! -

(Heiterkeit)

Die Betreiber hätten, sagt, glaube ich, das Liegenschaftsamt, ein „tadelloses Bekenntnis zu dieser Stadt“ abgelegt. Da ist er wieder, der vom Kämmerer verlangte Patriotismus, man muss ein Bekenntnis zur Stadt ablegen. Über den Inhalt des Bekenntnisses gibt es ein Interview mit Johnny Klink in der FAZ vom 21. Mai 2010: „Schwarz-Grün ist nicht nur ein Befriedungsprojekt für die Großstadt, sondern möglicherweise die bürgerliche Perspektive für unser Land. 1968 ist die Schnittstelle zwischen Schwarz und Grün, die Entfernung und die Aggression, die es zwischen Eltern und Kindern gab. Dies scheint sich jetzt bei Schwarz-Grün aufzulösen.“ Wobei er auch erwähnt, dass sein Vater in Frankfurt predigender Lehrer und ein pietistischer (O-Ton Johnny Klink) Kampfprediger gewesen sei. Dann redet er von Versöhnen, von Kindern und Eltern, da wird mir ganz mulmig. „Aber“, sagt er, „die geistige Auseinandersetzung über diesen Aufbruch in die Moderne ist noch nicht zu Ende geführt.“ Die FAZ fragt ihn, ob die Frankfurter GRÜNEN Teil des Bürgertums sind. Johnny Klinks Bekenntnis zur Stadt: „Aber absolut. Die 60-Jährigen im Nordend sind sich mit den Damen und Herren von der CDU völlig einig.“ Ich bin 61 und protestiere, ich wohne auch im Nordend.

(Zurufe)

Zum Trost sagt einer der drei Betreiber des Tigerpalastes, Herr Mangold, ganz so schlimm und elitär sei das nicht in dem Gesellschaftshaus im Palmengarten. Man verschließe sich nicht, steht in der Frankfurter Rundschau, wenn sich Bürger meldeten, um einmal „hereinzuschauen, ohne zu essen“. Außerdem kämen jeden Tag welche, „die durchschlüpfen, die lasse man auch gewähren“. Welch Geisteshaltung gegenüber Menschen, die weniger Geld haben.

(Beifall)

Nun hören wir die wunderbar hastige Ausrede, das wurde gesagt, es gäbe eine Palmenterrasse, die aber aus Kostengründen längst abgeschafft ist. Und bald soll es einen Biergarten geben. Ich muss übrigens die Betreiber verteidigen: Die günstigste Vorspeise ist die Sardine für 32 Euro, aber es gibt auch ein günstigeres Fleischsüppchen für 19 Euro. Es gibt also bald einen Biergarten, das ist schön. Da kosten dann die Süppchen nicht mehr 19 Euro, sondern vielleicht - ich weiß es nicht. Das erinnert mich aber insgesamt daran - das ist das, was hier durch alle Reden durchwabert -, was zum Thema Haushalt gesagt wurde. Mir fiel wie ein Flash eine Geschichte von meinem Ururgroßvater Hermann von Beust, Sachsen-Altenburg, Mit-eigentümer einer Eisenbahngesellschaft, ein.

(Zurufe)

Sie haben keine Geschichte, ich weiß.

Er fand in den 1870er-Jahren die Eisenbahn so toll. Es gab damals nicht nur eine erste und zweite Klasse, sondern auch eine dritte Klasse, die mit Stroh ausgelegt war, sie hatte kein Dach und bei Regen oder Schnee war es ganz mies, aber mein Urgroßvater beschwerte sich, dass die Reisenden der dritten Klasse genauso schnell reisen konnten wie der Adel. Das war für ihn ein Problem. Das hat mich mit dem, was damit ausgedrückt wird, wahnsinnig an den verfluchten Biergarten erinnert.

(Beifall)

Die Oberschicht war also nie anders, es ändern sich nur die technischen und die kulturell-historisch bedingten Formen. Bei diesem Haushalt, das, was eingebracht wurde, ist es doch klar, worauf es hinausläuft. Das ist nur Kapitallogik. Das kann man nur ablehnen, es dient nur der sogenannten Elite dieser Stadt.

Danke!

(Beifall)

**12. Keine Baumfällung für Parkplätze**

Keine Quartiersgarage Glauburgschule/Nordend ..... 103

Gemeinsamer Antrag der LINKE. und der ÖkoLinX-ARL gemäß § 17 (3) GOS vom  
02.12.2012, NR 475

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: ..... 103**

-----

**Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher  
Gert Trinklein:**

Danke, Frau Ditfurth! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bedanke mich für die Stellungnahmen.

(Zurufe)

Sie werden sich gleich noch wundern.

(Heiterkeit)

Ich schließe den Tagesordnungspunkt.

### **Tagesordnungspunkt 10.**

**Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher  
Gert Trinklein:**

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10., Haushaltsplan 2013, auf. Meine Damen und Herren, ich schlage vor, dass wir den Etatentwurf, also den Magistratsvortrag M 274 und den Bürgerhaushalt 2013, M 262, sowie die unter dem Tagesordnungspunkt 8. genannten Drucksachen nunmehr den Ausschüssen zur Vorberatung unter Berücksichtigung meiner Liste zur Ausschussüberweisung zuleiten. Wer diesem Verfahren zuzustimmen gedenkt, bitte ich um das Handzeichen. (Geschicht) Danke schön! Damit ist so beschlossen. Für die Verabschiedung des Haushalts gelten folgende Termine:

1. Die informatorische Lesung beginnt in den Ausschüssen am 17.01.2013.
2. Die Ortsbeiräte müssen ihre Sitzungen bis spätestens 24.01.2013 abgeschlossen haben.
3. Stellungnahmen der KAV müssen bis 24.01.2013, 12 Uhr, im Büro der Stadtverordnetenversammlung vorliegen.
4. Die Abgabefrist für die Etatanträge der Fraktionen und der fraktionslosen Stadtverordneten ist der 15.02.2013, 12 Uhr, ebenfalls im Büro der Stadtverordnetenversammlung.
5. Die zweite Lesung beginnt in den turnusmäßigen Ausschusssitzungen am 07.03.2013.

6. Der Etat wird von der Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am 21.03.2013, 16 Uhr, verabschiedet.

Ich stelle fest: Die erste Lesung des Etats 2013 ist beendet.

(Beifall)

### **Tagesordnungspunkt 11.**

**Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher  
Gert Trinklein:**

Ich rufe des Tagesordnungspunkt 11., Wohnungspolitik, auf. Die Fraktion der LINKEN möchte diesen Punkt gerne zurückstellen. Ich glaube, das findet hier allgemein Zustimmung. (Geschicht) Danke! Das ist der Fall. Ich schließe den Tagesordnungspunkt.

### **Tagesordnungspunkt 12.**

**Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher  
Gert Trinklein:**

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12., Quartiersgarage Glauburgschule, auf. Meine Damen und Herren, bitte bleiben Sie sitzen. Hierzu liegt mir ein Antrag auf namentliche Abstimmung vor, unterschrieben von Frau Ditfurth, Herrn Reiningen, Frau Ayyildiz, Frau Pauli und Frau Thiele. Meine Damen und Herren, auf Antrag der ÖkoLinX-ARL findet nach § 42 Absatz 3 der Geschäftsordnung zur Vorlage NR 475 eine namentliche Abstimmung statt. Ich bitte die antragstellende Fraktion um Präzisierung, ob über die Vorlage oder über den Ausschussbericht namentlich abgestimmt werden soll.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Das ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung, der von fünf Personen gestellt wurde, von der LINKEN.-Fraktion und von mir, und sich auf den einzigen Antrag, der unter Tagesordnungspunkt 12. aufgeführt ist, nämlich die Vorlage NR 475, bezieht. Dieser soll na-

mentlich abgestimmt werden. Das ist ein gemeinsamer Antrag der LINKEN. und ÖkoLinX-ARL zur Quartiersgarage Glauburgstraße mit der Änderung des Haupt- und Finanzausschusses, für drei Monate Moratorium. Danke!

**Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher  
Gert Trinklein:**

Somit lasse ich nun über die Ziffer 1. und 2. der Vorlage NR 475 abstimmen. Folgende Voten wurden dazu abgegeben: CDU und GRÜNE Ablehnung. SPD, LINKE., Römer und ÖkoLinX-ARL Annahme, FDP, FREIE WÄHLER und Piraten Prüfung und Berichterstattung.

(Zurufe)

Bitte? Ich bin ein Parteisoldat! Ich bitte um Konzentration und Aufmerksamkeit. Wir beginnen mit der namentlichen Abstimmung.

Stadtverordneter Amann	
Ziffer 1. und 2.	Ja
Stadtverordnete Arslaner-Gölbasi	
Ziffer 1. und 2.	Fehlt
Stadtverordnete auf der Heide	
Ziffer 1. und 2.	Nein
Stadtverordnete Ayyildiz	
Ziffer 1. und 2.	Fehlt
Stadtverordneter Baier	
Ziffer 1. und 2.	Nein
Stadtverordnete Barbosa de Lima	
Ziffer 1. und 2.	Nein
Stadtverordneter Dr. Betakis	
Ziffer 1. und 2.	Ja
Stadtverordnete Brein	
Ziffer 1. und 2.	Nein
Stadtverordneter Brillante	
Ziffer 1. und 2.	Ja
Stadtverordnete Burkert	
Ziffer 1. und 2.	Nein
Stadtverordneter Burkhardt	
Ziffer 1. und 2.	Nein
Stadtverordnete Busch	
Ziffer 1. und 2.	Ja
Stadtverordnete Dr. Cezairli	
Ziffer 1. und 2.	Nein
Stadtverordnete Czerny	
Ziffer 1. und 2.	Nein
Stadtverordneter Daum	
Ziffer 1. und 2.	Nein

Stadtverordnete David		
Ziffer 1. und 2.		Nein
Stadtverordnete Diallo		
Ziffer 1. und 2.		Nein
Stadtverordnete Ditzfurth		
Ziffer 1. und 2.		Ja
Stadtverordneter Dr. Dürbeck		
Ziffer 1. und 2.		Nein
Stadtverordneter Emmerling		
Ziffer 1. und 2.		Ja
Stadtverordnete Ergindemir		
Ziffer 1. und 2.		Ja
Stadtverordnete Fischer		
Ziffer 1. und 2.		Nein
Stadtverordneter Förster		
Ziffer 1. Prüfung und Berichterstattung		
Ziffer 2. Ja		
Stadtverordneter Dr. Gärtner		Fehlt
Stadtverordneter Dr. Galanos		
Ziffer 1. und 2.		Nein
Stadtverordneter Gerhardt		
Ziffer 1. und 2.		Nein
Stadtverordnete Dr. Hambrock		
Ziffer 1. und 2.		Nein
Stadtverordnete Hanisch		
Ziffer 1. und 2.		Nein
Stadtverordneter Heimpel		
Ziffer 1. und 2.		Ja
Stadtverordneter Heuser		
Ziffer 1. und 2.		Nein
Stadtverordneter Homeyer		
Ziffer 1. und 2.		Nein
Stadtverordneter Hübner		
Ziffer 1. Prüfung und Berichterstattung		
Ziffer 2. Ja		
Stadtverordneter Josef		
Ziffer 1. und 2.		Ja
Stadtverordnete Kauder		
Ziffer 1. und 2.		Nein
Stadtverordneter Kirchner		
Ziffer 1. und 2.		Nein
Stadtverordneter Kliehm		
Ziffer 1. und 2.		Ja
Stadtverordneter Dr. Kößler		
Ziffer 1. und 2.		Nein
Stadtverordneter Krebs		Fehlt
Stadtverordnete Lang		
Ziffer 1. und 2.		Nein
Stadtverordneter Lange		
Ziffer 1. und 2.		Nein
Stadtverordneter Langer		Fehlt
Stadtverordnete Latsch		
Ziffer 1. und 2.		Ja
Stadtverordnete Dr. Lehr		
Ziffer 1. und 2.		Nein